

Niederschrift

über die 3. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der autonomen Stadt Steyr, am Samstag, den 18. Juli 1931.

Tagesordnung.

1.) Bericht des Bürgermeisters.

Stadtrat.

Referent Stadtrat Karl Klement:

2.) Verlegung des Spanferkelmarktes.

Finanz- und Rechtsausschuss.

Referent Gemeinderat Franz Tribrunner:

3.) Ermächtigungsbeschluss für den Bürgermeister während der Gemeinderatsferien.

4.) Bildung der Geschworenen-Kommission.

Referent Gemeinderat Josef Kirchberger.

5.) Statutenänderung.

Referent Gemeinderat Alois Huemer:

6.) Abgaben-Rekurse.

Referent Bürgermeister Franz Sichlrader:

7.) Rechnungsabschluss pro 1930.

Vertrauliche Sitzung.

Anwesende: Vorsitzender Bürgermeister Franz Sichlrader, die Bürgermeister-Stellvertreter Anton Azwanger und Rudolf Marktschläger, die Stadträte: Klement Karl, Roithner Hans, Schlossgangl Leopold, die Gemeinderäte:

Berger Rudolf

Leitzinger Karl

Peyrer-Angermann Dr.

Breitler Leopold Dr.

Sieberer Michael

Chalupka Elise

Schickl Friedrich

Dospelgruber Josef

Schöner Johann

Firbas August

Schrangl Franz

Grafleitner Josef

Schwitzer Erna

Grossauer Willibald

Hamberger Josef

Steiner Florian

Tribrunner Franz

Hofmann Julius

Voglsam Josef

Huemer Alois
Weindl Anton
Kirchberger Josef
Witzany Hans.
Kolaritsch Josef

Vom Magistrate: Magistrats-Direktor Dr. Ferdinand Häuslmayr, als Schriftführer: Kanzleidirektor Karl Kapinus.

Der Vorsitzende Bürgermeister Franz Sichlrader eröffnet um 16 Uhr 10 die Sitzung mit der Konstatierung der Beschlussfähigkeit. Als entschuldigt gelten die Stadträte Dressl August, Dr. Schneeweiss Rudolf und Ferdinand Knabl und der Gemeinderat Johann Steiner. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass über besonderen Wunsch der Punkt 2 behufs späterer Behandlung vertagt und Punkt 6, da noch nicht spruchreif, zurückgestellt wird. Als Niederschriftsprüfer werden die Gemeinderäte Josef Daspelgruber und August Firbas bestimmt.

Gemeinderat Josef Kolaritsch wünscht zur Tagesordnung zu sprechen, was vom Vorsitzenden als nach der Geschäftsordnung unzulässig bezeichnet wird.

Mitteilungen des Bürgermeisters.

Punkt 1.)

Liegen nicht vor.

Punkt 2.) Verlegung des Spanferkelmarktes.

Entfällt.

Finanz- und Rechtsausschuss.

Referent G.R. Franz Tribrunner:

Punkt 3.) Ermächtigungsbeschluss für den Bürgermeister während der Gemeinderatsferien.

Zl.3780/31 Der Referent beantragt wie alljährlich:

Der Bürgermeister wird zur ex präsidio Erledigung dringender Angelegenheiten während der Gemeinderatsferien ermächtigt. Durch diese Ermächtigung wird der Gemeinderatsbeschluss vom 12. März 1926, Zl. 5953 betreffend Bestellung des Ersparungskomitees (Stadtrat) nicht berührt. Ohne Debatte angenommen.

Punkt 4.) Bildung der Geschworenen-Kommission.

Zl.637/31 Der Referent beantragt:

Der Gemeinderat entsende in die Kommission zur Anlegung der Geschworenen- und Schöffenliste für das Jahr 1932 nachstehende Frauen und Herren:

1. Von der sozialdemokratischen Partei: Karl Klement, Christine Dedic und Dr. Rudolf Schneeweiss.

2. Von der christlichsozialen Partei: Irene Patek und Josef Voglsam.

3. Von der großdeutschen Partei: Johann Wolfartsberger.

Ohne Debatte angenommen.

Punkt 5.) Statutenänderung.

Zl. 144/Präs. Der Referent Gemeinderat Josef Kirchberger beantragt nach kurzer Begründung:

Der Gemeinderat beantragt die Gesetzwerdung folgenden Gesetzentwurfes:

Gesetz vom ...

womit das Gesetz vom 18.März 1930, L.G. u. V.Bl. Nr. 13 (Gemeindestatut der Stadt Steyr) abgeändert wird.

Der o.ö. Landtag hat beschlossen:

Art. I

Der erste Satz des § 15 hat zu lauten:

Die Mitglieder des Gemeinderates werden auf sechs Jahre gewählt,

Art. II

Die Bestimmung dieses Gesetzes findet bereits Anwendung auf den am 19. April 1931 gewählten Gemeinderat.

Einstimmig angenommen.

Punkt 6.) Abgaben-Rekurse.

Entfällt.

Referent Bürgermeister Franz Sichlrader:

Punkt 7.) Rechnungsabschluss pro 1930.

Den Vorsitz übernimmt Bürgermeister-Stellvertreter Anton Azwanger und erteilt dem Referenten das Wort.

Zl. 2671/31 Der Bürgermeister berichtet als Finanz-Referent folgendes:

Meine Damen und Herren!

So wie im Vorjahr, ist Ihnen auch heuer ein Auszug aus der Jahresrechnung pro 1930 zugestellt worden. Der Originalrechnungsabschluss war durch 14 Tage, und zwar vom 2. bis 16. Mai 1931 im Stadtrechnungsamt zur öffentlichen Einsicht aufgelegt, Erinnerungen dagegen wurden nicht erhoben. Die stichprobenweise, ziffernmäßige Überprüfung der Hauptbücher und sonstigen, mit der Gebarung in Zusammenhang stehenden Belege etc., wurde am 5. Juni l.J. durch die gemeinderätlichen Kassenkommissäre, Stadtrat Karl Dedic und Stadtrat Ferdinand Knabl vorgenommen.

Der Referent verliest das aufgenommene Protokoll hierüber.

Noch eines möchte ich einleitend erwähnen:

Es ist vermutlich das letzte Mal, dass Sie den Rechnungsabschluss in dieser Form vorgelegt erhalten. Sie wissen, dass wir ab 1. Jänner 1931 ein neues Haushaltsschema eingeführt haben. Der Abschluss pro 1931 wird daher bereits in dieser Form erfolgen. Um aber die separate Drucklegung des Abschlusses zu ersparen, wird wahrscheinlich der Voranschlag pro 1933 und der Abschluss pro 1931 in einem Exemplar im Herbst 1932 vorgelegt werden. Selbstredend werde ich als Finanzreferent in diesem Fall sogleich nach Fertigstellung des Originalrechnungsabschlusses 1931 die Hauptziffern auszugsweise zur Kenntnis bringen. Nun zum Rechnungsabschluss selbst:

Da die wirksamen Einnahmen 1930	S 2,925.288.43
---------------------------------	----------------

und die wirksamen Ausgaben 1930	S 3,455.898.03
---------------------------------	----------------

betragen, ergibt sich mit Ende 1930 ein Gebarungsabgang von	S 530.609.59
---	--------------

Der im ursprünglichen Voranschlag mit S 276.400.- vorgesehene Abgang hat sich im Laufe des Jahres um S 254.209.59 erhöht; er konnte durch Kreditoperationen (Verwendung der anfänglichen Bar-Bestände, Kontokorrentkredite, Verkauf von Wertpapieren, Verwendung eines Teiles des Krankenhausaufschillings etc.) nur zum Teil gedeckt werden. Der ungedeckte Rest des Abganges drückt sich in Form nicht gezahlter Rechnungsschulden am 31. Dezember 1930 aus, die

S 312.115.61

betragen haben.

In der Sitzung vom 20. Dezember 1930 hat der Gemeinderat unter eingehender Begründung Nachtragskredite im Ausmaße von S 1,016.300 beschlossen. Nachdem bei einzelnen Verwaltungszweigen weitere Überschreitungen im Gesamtbetrage von S 90.406.98 vorgekommen sind, will ich bei den Ausgaben die einzelnen Verwaltungsrubriken noch einmal genauer besprechen.

I. Gemeindevermögen.

Voranschlagsziffer für Zinsen- u. Schuldendienst	S 343.500.-
Erfolg 1930	S 1.014.688.12
Überschreitung	S 671.188.12

Durch Nachtragskredite sind gedeckt S 665.000.-

Die Gesamtüberschreitung ist begründet durch:

1. Verwendung des größten Teiles des Kaufschillings für das Krankenhaus zu Darlehensrückzahlungen. Zur Gänze wurden rückgezahlt 3 kleine Darlehen und der Kontokorrentkredit für das Krankenhaus bei der Sparkasse; ferner die Darlehen bei der Reformbau-Gesellschaft in Wien, sowie die Schulden an das Land Oberösterreich aus dem Titel "Rückständige Landesfondsanteile an Lohnabgabe". Auch wurde ein Betrag von S 200.000.- über die normale Rückzahlungsrate am Sammelkredit bei der o.ö. Landeshypothekenanstalt in Linz abgestattet.

2. Verwendung von Kaufschillingen für an Private verkaufte Baugründe zur Kapitalabstattung auf dem Sammelkredit bei der o.ö. Landeshypothekenanstalt in Linz. Der Prozentsatz des Zinsen- und Schuldenabstattungsdienstes 1930 ist wegen der Verwendung obiger Kaufschillinge naturgemäß ein sehr hoher: Er beträgt 29 ½ % der wirksamen Gesamtausgaben.

II. Gebäude- und Grundbesitz.

Voranschlagsziffer 1930	S 54.784.-
Erfolg 1930	S 78.895.53
Überschreitung	S 24.111.53

Durch Nachtragskredite sind gedeckt S 20.000.-

Die Gesamtüberschreitung dieser Verwaltungsrubrik ist begründet:

Bei "Gebäudeerhaltung Adaptierung u. Einrichtung" (+16.093.31) durch die notwendig gewordene Dachstuhlreparatur im Schloss Engelsegg per ca. S 7.000.- und durch ebenfalls unaufschiebbar gewordene Gebäudereparaturen und Ofensetzungen bei verschiedenen Wohn- und Amtsgebäuden. Durch erhöhten Mietzins werden Teile dieser Mehrausgaben allerdings wieder hereingebracht.

Bei "Steuern, Umlagen, Abgaben etc." (+1.297.02) infolge Erhöhung der Zinsgrößensteuer und nachträglicher Vorschreibung verschiedener steuerämterlicher Gebühren und Verträge etc.

Bei Versicherungen (+ 1.107.90) infolge Neuanfallens von Prämien bei der "Donau" und Tragung von Prämien für verpachtet gewesene Objekte wegen Auflösung des Pachtvertrages.

Bei „Gebäude- und Grundankauf“ (+5.000.-) infolge Ankaufes eines Schweinestalles beim Versorgungsheim I anlässlich des Krankenhausverkaufes.

III. Marktwesen, Gefälle u. nutzbare Rechte.

Voranschlagsziffer	S 6.797.86
Erfolg 1930	S 8.368.34
Überschreitung	S 1.570.48

Durch Nachtragskredite sind gedeckt S 1.300.-

Die Überschreitungen sind begründet infolge Anschaffung neuer Schragen für den Wochenmarkt und durch nachträgliche Vorschreibung der Rentensteuer für den Jagdpachtschilling pro 1926-1929.

IV. Gemeindeverwaltung.

Voranschlagsziffer	S 733.778.33
Erfolg	S 613.173.33
Netto-Minderverbrauch	S 110.605.-

Das Mindererfordernis bei „Gehälter der städtischen Angestellten“ ist auf die Verbundlichung der Polizeib (1.VII.1930), bei „Arbeitsamt“ auf die direkte Bestreitung des Sacherfordernisses seit 1.1.1930

durch die Industrielle Bezirkskommission zurückzuführen. Durch dieses Mindererfordernis sind sämtliche innerhalb dieses Verwaltungszweiges vorgekommenen Überschreitungen ausgeglichen. Ich nenne nur die wichtigsten:

Die Überschreitung bei „Ruhe- und Versorgungsgenüsse“ (+7.014.70) ist begründet durch Pensionierungen zweier nicht übernommener Beamten anlässlich der Verbundlichung der Polizei. Begründung sonstiger Überschreitungen:

"Sozialversicherungsbeiträge u. städt. Krankenfürsorge" (+9.095.25) wegen Erhöhung der Versicherungsbeiträge für Vertragsangestellte und erhöhter Inanspruchnahme der städt. Krankenfürsorge.

„Gebühren für besondere Dienstleistungen" (+3.519.08) wegen Mehrdienstleistung von Beamten des Rechnungsamtes anlässlich großer statistischer Arbeiten für den Städtebund und Zahlungen von außertourlichen Remunerationen für Mehrdienstleistung an mehrere Beamte (Polizeiamt, Fürsorgeamt etc.).

"Reiseauslagen" (+4.802.85) wegen mit der Finanzlage der Stadtgemeinde (Verbundlichung der Polizei, Verkauf von Gemeindegut, Brückeninstandsetzung u.s. w.) zusammenhängender häufiger Interventionen bei verschiedenen Zentralstellen.

"Vertreterauslagen" (+6.452.14) wegen nachträglicher Vorschreibung von Rechtsanwaltsgebühren.

"Kanzleiauslagen" (+4.307.19) wegen Ankaufes zweier Schreibmaschinen und Ergänzung der aufgebrauchten Kanzleivorräte.

"Post- Telegraph- u. Telefonauslagen" (+3.372.70) wegen unvermuteter Erhöhung der Freimachungsgebühr, sowie durch notwendige interurbane Gespräche im Zusammenhang mit der Finanzlage der Gemeinde.

"Reinigung" (+513.20) wegen Übergangs von der Ölung zur FußbodengläNZung infolge Legung von Dauerböden in verschiedenen Kanzleien.

"Einrichtung" (+4.199.67) wegen notwendig gewordener Nachschaffung von Einrichtung, hauptsächlich aus den Beständen der liquidierten "Geste".

"Wahlen" (+6.318.83) wegen vorzeitiger Nationalratswahlen.

V. Sicherheitswesen.

Voranschlagsziffer	S 288.787.48
Erfolg 1930	S 522.471.33
Überschreitung	S 225.673.87

Durch Nachtragskredit sind S 315.000.- gedeckt.

Die Überschreitungen sind zurückzuführen:

Bei "Wachdienst" (+213.449.55) auf die anlässlich der Verbundlichung der Sicherheitswache ausbezahlten Abfertigungen, erhöhte Mietzinse für Polizeilokale in nicht gemeindeeigenen Gebäuden, sowie erhöhte Beheizungs-, Beleuchtungs- u. Adaptierungskosten.

Bei "Herberge" (+6.708.01) auf unerwartet hohe Inanspruchnahme des Institutes.

Bei "Feuerlöschwesen" (+774.75) auf Übernahme von Versicherungsleistungen für eine neue Feuerleiter und Übernahme der Verzinsung eines von der freiw. Feuerwehr bei der Sparkasse Steyr aufgenommenen Darlehens.

Bei "Stadtbeleuchtung" beträgt die Überschreitung S 6.383.82; sie ist begründet durch erhöhten Stromverbrauch wegen Aufstellung verschiedener Lichtmasten, vor allem aber durch Zahlung der 1. Rate für die Anschaffung automatischer Schaltuhren. Diese Anschaffung war notwendig, da die Bundespolizei den von der städt. Sicherheitswache versehenen Schaltdienst nicht übernahm.

VII. Öffentliche Arbeiten.

Voranschlagsziffer	S 220.782.95
Erfolg 1930	S 306.401.10
Überschreitung	S 85.618.15
Durch Nachtragskredit sind gedeckt	S 32.000.-

Nicht ins Gewicht fallende Ersparungen bei Auto- und Pferdefuhrwerk stehen Überschreitungen fast bei allen übrigen Zweigen dieser Verwaltungsrubrik gegenüber. Es war nicht möglich, sich im Rahmen der enorm gedrosselten Kredite zu halten.

Die "Straßenerhaltung" zwang uns, für den verkauften und unzulänglichen alten Steinbrecher einen neuen zu kaufen; die damit in Zusammenhang stehenden Löhne an neu eingestellte Arbeiter, ferner notwendige Nachschaffungen von Gerassol und Ankauf von Pechschotter bedingen die Überschreitung von S 19.872.14.

Der Mehrverbrauch bei "Straßenreinigung" (+3.197.05) ist auf die Neubereifung des Sprengautos und Mehrverbrauch von Benzin infolge intensiveren Bespritzung der Straßen zurückzuführen.

Die Verbundlichung der Durchzugsstrasse hatte die Reparatur der Neutorbrücke zur Bedingung. Die Überschreitung bei "Brückenerhaltung" (S 30.982.88) ist vor allem auf diesen Umstand zurückzuführen.

Wegen Parzellierungen verschiedener Baugründe und Vermessung der Ennsleitenstiege ist die Rubrik "Allgemeiner Vermessungsdienst" um S 1.314.38 höher beansprucht worden.

Der Ankauf eines großen Postens Benzin, Lagermaterials, Maschinen aus den Beständen der liquidierten Betriebe "Geste" verursachte den Mehrverbrauch bei "Städtischer Bauhof" (+15.147.16).

VII. Gesundheitswesen.

Voranschlagsziffer	S 34.090.57
Erfolg 1930	S 34.103.47
Überschreitung	S 12.90

VIII. Kultus, Unterricht, Kunst u. Wissenschaft.

Voranschlagsziffer	S 140.162.74
Erfolg 1930	S 185.435.61
Überschreitung	S 45.278.87

Durch Nachtragskredit sind gedeckt S 33.000.-

Dass mit den bewilligten Voranschlagskosten das Auslangen kaum gefunden würde, war dem Gemeinderate ja seinerzeit schon klar. Eine Bundessubvention ermöglichte dann zwar verschiedene Mehrausgaben bei Gebäudeerhaltung und Einrichtung der Realschule. Die sonstigen Überschreitungen waren unvermeidlich. Lehrbehelfe, Armenlehrmittel etc. mussten in dem äußerst notwendigen Ausmaß nachgeschafft und die Schuleinrichtung repariert und ergänzt werden. Der Handelsschulbetrieb erforderte den Ankauf mehrerer Schreibmaschinen zum Ausbau der Abendkurse und schließlich waren wegen Wiederaufhebung der vom Bundespolizeikommissariate verhängten Theatersperre Elektroinstallationen im Stadttheater unvermeidlich.

IX. Finanzwesen.

Voranschlagsziffer	S 286.947.97
Erfolg 1930	S 247.026,09
Minderausgabe	S 39.921.88

Innerhalb dieser Verwaltungsrubrik ist die Post "Kosten der Umlagen u. Abgabeneinhebung" um S 525.83 überschritten, was auf die Erhöhung des Pauschales an den Hausbesitzerverein zurückzuführen ist. Der Nettominderverbrauch dieser Rubrik ergibt sich zwangsläufig aus dem Mindereingang an Lohnabgabe, sodass der hier in Ausgabe aufscheinende Landesfondsanteil entsprechend geringer ist.

X. Fürsorgewesen:

Voranschlagsziffer	S 385.784.45
Erfolg 1930	S 380.802.37
Minderausgaben	S 4.982.08

Bei diesen Minderausgaben handelt es sich aber nicht etwa um Ersparungen im strengen Sinne des Wortes. Im Voranschlag war ein Reservebetrag für Unterstützungen für aus der Kleinrentnerfürsorge ausscheidende sogenannte Quasi-Kleinrentner eingesetzt. Dieser Betrag ist nur zu einem geringen Teil, der 25 % Gemeinde-Beitrag zum staatlichen Kleinrentnerfonds jedoch gar nicht beansprucht worden. Bei Ausschaltung genannter Beträge von zusammen S 28.111.44 macht die effektive Überschreitung des Kapitels "Fürsorgewesen" S 23.129.36 aus. Überschritten sind die präliminierten Kredite bei folgenden Zweigen:

„Erziehungsbeiträge" mehr um	S 9.307.28
"Momentane Aushilfen" mehr um	S 315.38
"Produktive Arbeitslosenfürsorge mehr um	S 4.691.63
„Kranken- und Irrenverpflegskosten" mehr um	S 14.716.90
„Arbeitslosenfürsorge"	S 533.96
"Städtisches Jugendamt"	S 558.52

Eine Begründung erübrigt sich bei der Not, die in Steyr herrscht. Die Arbeit, die das Fürsorgeamt zu bewältigen hatte war eine enorme und ist erstaunlich, dass die vorgekommenen Überschreitungen nicht noch grösser sind. Die Verwaltung der Fürsorgeanstalten hat sogar nicht unwesentliche Ersparungen erzielt.

XI. Verschiedenes.

Voranschlagsziffer	S 11.273.67
Erfolg 1930	S 64.532.73
Überschreitung	S 53.259.06

Durch Nachtragskredit sind gedeckt: S 50.000.-

Die Überschreitungen sind auf Auslagen für die 1930 durchgeführte Ämterreorganisation, sowie auf Abfertigungen und Leistungen für die mit 31. Juli 1930 liquidierten „Geste"-Betriebe zurückzuführen.

Das Kapitel XII. Kreditoperationen hat auf die wirksame Gebarung keinen Einfluss, es erübrigen sich daher irgendwelche Erläuterungen.

Das wäre das Wichtigste, was zu den Ausgaben des Jahres 1930 zu sagen war.

Die wirksamen Einnahmen haben 1930 betragen.	S 2,925.288.43
--	----------------

Einen Vergleich mit dem Voranschlag will ich nur beim wichtigsten Kapitel ziehen, nämlich beim Finanzwesen.

Es wurden erzielt:

Bei „Lohnabgabe"	S 632.017.79	also weniger um	S 117.982.21
Bei "Stromabgabe"	S 15.938.11	also weniger um	S 61.89
Bei "Zuschlag zu den Immobiliargebühren"	S 9.155.73	also weniger um	S 10.844.27
Bei "Abgabe auf den Verbrauch von Gas	S 10.191.-	also weniger um	S 9.809.-
Bei "Lustbarkeitssteuer"	S 37.157.03	also weniger um	S 2.842.77
Bei „Hundesteuer"	S 13.722.60	also weniger um	S 2.377.40
Bei "Mahn- u. Exekutionsgeb.	S 721.24	also weniger um	S 1.248.76
Bei „Strafverfahrenskosten"	S 77.80	also weniger um	S 172.20
Bei "Landeszweckabgabe"	S 38.508.-	also weniger um	S 11.492.-
Bei „Gemeindeanteil an der Jagdabgabe"	—	also weniger um	S 150.-

Insgesamt sind genannte Abgaben und Gebühren um S 156.880.70 vermindert eingegangen, was, vor allem bei der Lohnabgabe, in der Arbeitskrise der Steyr-Werke und der allgemeinen wirtschaftlichen Depression seine Hauptursachen hat. Bei einzelnen anderen Abgaben, so vor, allem bei Realsteuern, bei der Wohnabgabe, Kraftwagenabgabe, den Abgabenertragsanteilen vom Bund, der Verwaltungsabgabe etc. sind gegenüber dem Voranschlag Mehrerträge von zusammen S 59.269.73 zu verzeichnen.

Im Hinblick auf die Mindereingänge von S 156.880.70 betragen die Nettomindereinnahmen beim Finanzwesen immer noch S 97.610.97

Dies wären die wichtigsten Daten aus dem Rechnungsabschluss.

Hat das vorangegangene Jahr 1929 mit einem, wenn auch bescheidenen Überschuss abgeschlossen, so ist das Ergebnis 1930 ein Gebarungsabgang von fast S 531.000.-, obwohl das Merkmal des abgelaufenen Verwaltungsjahres die teilweise Verwirklichung des Sanierungsprogrammes ist:

Das Krankenhaus wurde verkauft.

Die Sicherheitswache wurde verbundlicht.

Die Durchzugstrasse vom Bund übernommen.

Keine dieser drei verwirklichten Sanierungsmaßnahmen hat für das Jahr 1930 eine namhafte Entlastung in der Gebarung bringen können. Denn der Erlös für das Krankenhaus wurde fast zur Gänze zu Schuldenabstattungen verwendet; im Zinsendienst ist allerdings eine kleine Erleichterung eingetreten. Auch die Wacheverbundlichtung, die uns eine jährliche Ersparnis von etwa S 225.000.- bringt, hat sich 1930 wegen der notwendigen Abfertigungen noch nicht auswirken können. Und schließlich: Die Verbundlichtung der Durchzugsstraße hatte die Instandsetzung zweier Brücken zur Bedingung, von denen die Neutorbrücke noch im vergangenen Jahr zum größten Teil instandgesetzt wurde. Der auf den Bund entfallende 58 %ige Rückersatz wird bestenfalls im August 1931 einlangen. Und so haben wir das Jahr 1930 recht ungünstig beschließen müssen, denn wir nahmen mit ins neue Jahr eine Rechnungsschuld an die Geschäftswelt von über S 300.000.-. Dabei wissen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, aus den Verhandlungen über den Voranschlag für dieses Jahr, dass mit einem großen Abgang auch ohne die Belastung durch das Vorjahr zu rechnen war. Soweit wir die Gebarung dieses Jahres schon überblicken können, erweist es sich, dass viele Einnahmen bereits hinter den an sich schon geringeren Vorjahrsziffern zurückbleiben, vor allem die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, auf den wir als Industriegemeinde die letzte Hoffnung setzen konnten. Sind doch während der ersten fünf Monate 1931 an Abgabenertragsanteilen um S 27.892.- weniger eingegangen als in der gleichen Zeitperiode des Vorjahres, obwohl wir nach Berechnungen des Städtebundes mit einem Plus von S 40.000.- hätten rechnen können. Eine geradezu trostlose Situation, auf die aufmerksam zu machen ich mich anlässlich der Beratung dieses Rechnungsabschlusses verpflichtet fühle.

Ich stelle namens des Finanz- und Rechtsausschusses folgen Antrag:

Antrag:

1.) Die vom Finanzreferenten gelegentlich der Präliminarberatung pro 1930 angekündigten und im Rechnungsabschluss durchgeführten Kreditübertragungen werden analog dem Vorjahr genehmigt.

2.) Es ergeben sich sonach, unbeschadet der mit Gemeinderatsbeschluss vom 20.XII.1930, Zl. 6040/30 genehmigten Nachtragskredite, folgende Überschreitungen bei einzelnen Verwaltungsrubriken, für die Bewilligungen von Nachtragskrediten durch den Gemeinderat nicht vorliegen.

Rubrik I Gemeindevermögen	S 6.188.12
Rubrik II Gebäude- und Grundbesitz	S 4.111.53
Rubrik III Marktwesen, Gefälle etc.	S 270.48
Rubrik V Sicherheitswesen	S 10.673.87
Rubrik VI Öffentliche Arbeiten	S 53.618.15
Rubrik VII Gesundheitswesen	S 12.90
Rubrik VIII Kultus, Unterricht etc.	S 12.272.87
Rubrik XI Verschiedenes	S 3.259.06
Summe der Überschreitungen	S 90.406.98

Diese Überschreitungen sind auf Minderausgaben zu verweisen.

3.) Die vom Stadtrechnungsamte vorgelegten und von der gemeinderätlichen Überprüfungscommission am 5.6.1931 überprüften Rechnungsabschlüsse über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse Steyr für das Jahr 1930 werden genehmigt und das Vermögensinventar der Stadtkasse, sowie der von ihr verwalteten Fonds und Stiftungen zur Kenntnis genommen.

Anschließend daran bringt Bürgermeister Sichlradner noch einen Bericht über die Gebarung der Gemeindefinanzen im ersten Halbjahr 1931.

Im Voranschlag 1931 sind die Ausgaben mit insgesamt	S 2,354.100.-
eingesetzt. Es entfallen daher auf das erste Halbjahr 1931 an Ausgaben	S 1,177.050.-
An Einnahmen wurden im Voranschlag 1931 mit	S 1,966.800.-
gerechnet, so dass auf das erste Halbjahr 1931 an Einnahmen	S 983.400.-
entfallen. Somit würde der präliminierte Abgang für das erste Halbjahr	S 193.650.-
betragen.	

Der Betrag von S 72.300.- wegen Verbundlichung der Polizei wurde unberücksichtigt gelassen. Tatsächlich sind mit 30.Juni 1931 laut Kreditverbrauchsevidenz zu verzeichnen:

Ausgaben (abzüglich der Kreditbewegung)	S 1,383.913.24
Im Bauamt zur Überprüfung erliegende, in der Kreditverbrauchsevidenz	
nicht enthaltene Rechnungen ca.	S 2.700.-
	S 1,386.613.24

Die Einnahmen des ersten Halbjahres 1931	
(abzüglich der Kreditbewegung u. Rückersätze) betrugen	S 1,342.913.11
Der Abgang des ersten Halbjahres 1931 beträgt somit rund	S 43.700.-
Bei den Einnahmen ist auch der erste Teil des Kaufschillings	
für die Fachschule per	S 150.000.-
enthalten, der pro 1931 nicht präliminiert wurde, da der Eingang noch	
im Jahre 1930 zu erwarten war. Von diesem Betrag wurden zur	
außerordentlichen Darlehensabstattung an die o.ö.	
Landeshypothekenanstalt verwendet	S 30.000.-
sodass ein Betrag von	S 120.000.-
für die laufende Gebarung Verwendung fand.	

Zwecks Errechnung des voraussichtlichen Abganges für das zweite Halbjahr 1931 ist zu berücksichtigen:

Einnahmen:

Die Einnahmen im ersten Halbjahr betrugen	S 1,342.913.-
abzüglich im 2.Halbj. entfallende Einnahmen	S 428.500.-
	S 914.413.-
zuzüglich im 2. Halbjahr zu erwartende Einnahmen	S 53.000.-
vermutliche Einnahmen im 2.Halbjahr	S 967.413.-

Ausgaben:	
Die Ausgaben im 1. Halbjahr betragen	S 1,386.613.-
abzüglich im 1. Halbjahr getätigte Ausgaben	S 237.198.-
	S 1,149.415.-
zuzüglich im 2. Halbjahr zu tätige Ausgaben	110.000.-
vermutliche Ausgaben im 2. Halbjahr	S 1,259.415.-

Errechnung des Abganges pro 1931.

Ausgaben: 1. Halbjahr	S 1,386.613,-	
2. Halbjahr	S 1,259.415.-	S 2,646.028.-
Einnahmen: 1. Halbjahr	S 1,342.913.-	
2. Halbjahr	S 967.413.-	S 2,310.326.-
Abgang:		S 335.702.-

Unter Berücksichtigung des für die laufende Gebarung verwendeten Teiles der 1. Kaufschillingrate für die Fachschule per S 120.000.- würde der Abgang pro 1931 tatsächlich S 455.700.- betragen. Da die Fürsorgeausgaben bereits im ersten Halbjahr den Voranschlag um ca. S 29.700.- überschritten haben, wird sich dieser Betrag jedenfalls im II. Halbjahr infolge der Wirtschaftskrise bedeutend erhöhen. Die Einnahmen und Abgaben (Fürsorgeabgabe, Mietzinsabgabe, Lustbarkeitsabgabe etc.) dürften vermutlich im II. Halbjahr hinter den Einnahmen des I. Halbjahres bedeutend zurückbleiben, doch lassen sich hier Ziffern im Vorhinein auch nicht annähernd feststellen, da diese Einnahmen hauptsächlich von der künftigen Entwicklung der Steyr-Werke abhängen. Jedenfalls wird sich daher obiger errechneter Abgang wesentlich erhöhen.

Einschaltend gibt der Referent Vergleichsziffern mit den Fürsorgeausgaben des I. Halbjahres 1929 - 1930 - 1931 bekannt, die fast durchwegs ein enormes Ansteigen des Erfordernisses ersehen lassen. Wenn die Fürsorgeausgaben trotz der stetig wachsenden Verelendung der Bevölkerung durch die lange Krise noch nicht übermäßig gegenüber den Vorjahren gestiegen sind, so ist dies darauf zurückzuführen, dass bei der Bewilligung von Unterstützungen äußerst rigoros vorgegangen wird und die Höhe derselben stets gedrosselt wird. Die Stadtgemeinde Steyr zahlt heute momentane Aushilfen in der Höhe von 1 - 2 S und regelmäßige Erhaltungsbeiträge von monatlich S 4.- bis S 5.-. Auf die Dauer wird dieser in Österreich einzig dastehende Unterstützungsbetrag jedoch nicht so niedrig bemessen werden können. Für die allernotwendigsten Adaptierungs- und Einrichtungsarbeiten für die Schulen während der Ferien wurden am 1. Juli 1931 S 82.000.- angefordert. Da im Voranschlag 1931 nur S 12.000.- vorgesehen wurden, können auch diese im Interesse der Aufrechterhaltung des Schulbetriebes so dringenden Arbeiten nicht zur Gänze durchgeführt werden.

Abgabenertragnis 1929 - 1931.

Die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Einnahmen der Gemeinde zeigt sich deutlich bei einem Vergleich der Erträge aus Abgaben. Nachstehende Aufstellung weist die tatsächlichen Einnahmen der Jahre 1929-1930 sowie die vermutlichen Einnahmen im Jahre 1931 bei gleichbleibender Konjunktur aus.

	1929	1930	1931
Realabgaben	S 340.868.-	S 337.199.-	S 316.440.-
Wohnabgabe	S 4.200.-	S 7.759.-	S 3.138.-
Lohnabgabe	S 753.701.-	S 474.791.-	S 451.212.-
Stromabgabe	S 11.970.-	S 15.938.-	S 16.340.-
Konzessionsabgabe	S 11.237.-	S 12.973.-	S 12.973.-
Kraftwagenabgabe	S 35.202.-	S 38.475.-	S 13.314.-
Pferdesteuer	S 4.998.-	S 4.195.-	S 3.021.-
Ankündigungsabgabe	S 13.043.-	S 12.077.-	S 17.384.-
Gasabgabe	S 20.708.-	S 10.191.-	S 10.056.-
Hockersteuer	S 5.671.-	S 5.253.-	S 675.-

Lustbarkeitssteuer	S 39.602.-	S 37.157.-	S 33.770.-
Verbrauchsabgabe	S 4.797.-	S 4.812.-	S 4.678.-
Hundesteuer	S 16.092.-	S 13.723.-	S 12.273.-
Jagdabgabe	S 24.-	S 150.-	S 90.-
Abgabenertragsanteile	S 579.571.-	S 498.621.-	S 526.856.-
	S 1,841.684.-	S 1,471.314.-	S 1,422.220.-

Hiezu wird bemerkt:

Die Erhöhung der Ankündigungsabgabe im Jahre 1931 ist begründet durch das Stattfinden von 2 Wahlen in diesem Jahre (Landtags- und Gemeinderatswahlen im Frühjahr und Wahl des Bundespräsidenten im Herbst). Die Erhöhung der Ertragsanteile an Bundesabgaben im Jahre 1931 beträgt voraussichtlich S 30.235.-, sie wurde jedoch bei Inkrafttreten der letzten Abgabenteilung mit S 94.000.- errechnet. Zu dieser Differenz von rund S 64.000.- kommt noch der Entfall der Kraftwagenabgabe von rund S 20.000.- sodass die Stadtgemeinde Steyr um S 84.000.- weniger Einnahmen hat, als bei der Abgabenteilung berechtigt angenommen werden konnte. Dagegen ist an neuer Belastung für die Stadtgemeinde erwachsen der jährliche Beitrag zur Kleinrentnerfürsorge per S 20.000.- der für die Jahre 1930 und 1931 von den Bundesabgabenertragsanteilen mit zusammen S 40.000.- im heurigen Jahre in Abzug gebracht wird. Die fünf größten Betriebe Steyrs hatten im Juni des entsprechenden Jahres folgende lohnabgabepflichtige Belegschaft:

1929	1930	1931
6510	2879	2467

Schuldenstand pro 30. Juni 1931.

1.) Darlehensschulden	S 2,717.286.-
2.) Schwebende Geschäftsschulden (einschließlich Land Oberösterreich u. Bundeskanzleramt)	S 398.148.-
3.) Vorübergehende Kro.Krt. Schulden bei Banken etc:	S 103.797.-
zusammen	S 3,218.329.-

Die infolge Verbundlichung der Polizei zu zahlende Kopfquote sowie der Mietzins für die Polizeikaserne betragen jährlich ca. S 72.900.-. Um diesen Betrag erhöhen sich die Passiven der Gemeinde automatisch jedes Jahr, ohne dass hiefür irgendwelche kommunale Tätigkeit entfaltet werden könnte. Trotz rigoroser Drosselung jeder Ausgabe hat sich der Schuldenstand der Stadtgemeinde gegenüber Jahresbeginn um ca. 250.000.- erhöht, obwohl aus außerordentlichen Einnahmen Darlehensrückzahlungen geleistet wurden. Dieses Anwachsen des Schuldenstandes hat nebst der Verbundlichung der Polizei die Auswirkung des präliminierten Abganges zur Ursache und drückt sich in der Erhöhung der Geschäftsschulden und der Aufnahme vorübergehender Kto.Krt. Kredite bei Banken zwecks Leistung gesetzlicher Zahlungen (Gehälter etc.) aus. Aus dieser Halbjahresbilanz geht also hervor: Rückgang fast aller Abgaben, vollständige Wirkungslosigkeit des Finanzausgleiches. Da unser Abgang ein reiner Geldabgang ist, so ist die weitere Folge die nunmehr mit aller Vehemenz eintretende Illiquidität. Wir sind kaum mehr imstande, die Gehälter auszuzahlen, die Rechnungen häufen sich, es fehlt einfach das Geld. Das ist ein Zustand, der natürlich auf die Dauer unhaltbar ist. Ich weiß wahrhaftig nicht, wie oft ich in diesem Saale schon auf diese Gefahren aufmerksam gemacht habe. Ich habe im April dieses Jahres einen eingehenden Bericht an die Landes- und Bundesregierung abgeschickt, indem alle unsere Forderungen und Vorschläge niedergelegt wurden. Auf diesen Bericht habe ich von der Landesregierung die Antwort erhalten, dass sie die Eingabe an die zuständigen Ministerien weitergegeben habe. Nun steht das Finanzministerium auf den Standpunkt, dass die von uns in der Finanzverfassung begründete Sonderbehandlung bei der gegenwärtigen budgetären Lage des Bundes in absehbarer Zeit unter keinen Umständen in Betracht komme. Was den Ausgleichsfonds anlangt, so hat die Landesregierung eröffnet, dass diese Frage der Beschlussfassung des Landtages überlassen bleibe. Wir sind also innerhalb des letzten Jahres um keinen Schritt weitergekommen. Das Finanzministerium scheint sich über den Ernst der Lage in dieser Stadt keineswegs im Klaren zu sein. Ich habe in der letzten Zeit beim Bundeskanzler die furchtbare

Lage von Steyr geschildert, ohne Erfolg. Ich weiß nur, dass der gegenwärtige Zeitpunkt sicherlich sehr ungünstig ist, für unsere Stadt außerordentliche Maßnahmen zu erwirken. Ich sage mir aber, dass der Staat, der sich verpflichtet fühlt, den Zusammenbruch von privatkapitalistischen Unternehmungen durch Leistung von unerhörten Summen zu verhindern, einer Gemeinde, die mitten in einem solchen Zusammenbruch ist, mindestens ebenso helfend beispringen muss, noch dazu, wo diese Gemeinde nicht etwa aus Leichtsinne in diese Lage versetzt wurde, sondern durch die furchtbare Dauerarbeitslosigkeit in einem noch nie dagewesenen Umfang. Wir dürfen uns auch nicht verhehlen, dass der kommende Winter an unser Armenbudget ganz besondere Anforderungen stellen wird, wir müssen uns aber darüber klar sein, dass man die verzweifelte Menschen in dieser Stadt nicht mehr lange mit Worten trösten kann, wir müssen also in irgendeiner Form den Kampf gegen den Hunger aufnehmen. Wir wollen daher nur mehr einige Zeit vorübergehen lassen, damit wir vielleicht ein klareres Bild über die Wirtschaftslage im Allgemeinen haben, mit Beginn der nächsten Session, also anfangs September werden wir neuerlich an die Regierungsstellen herantreten müssen, um dann in ultimativer Form unsere Forderungen zu stellen. Während der Gemeinderatsferien werden noch ganz konkrete Vorschläge ausgearbeitet werden, die wir im Herbst der Landes- und Bundesregierung überreichen wollen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir mit unseren Angestellten in Verhandlung stehen, um die wenigen Begünstigungen, die sie in besoldungsrechtlicher Hinsicht gegenüber den Bundesangestellten noch haben, abzubauen. Wir sehen also, dass eine ungeheure Verantwortung auf uns lastet: Die kommunale Technik ruht seit Jahren, die öffentlichen Gebäude und Straßen gehen dem Verfall entgegen, die Liquidität unserer Mittel ist aufs äußerste gefährdet, die bitterste Not pocht an die Türen der meisten Menschen dieser Stadt, die uns schließlich und endlich für etwaige Folgen verantwortlich machen werden, wenn sie nicht endlich einmal Taten sehen.

Bitte diesen Bericht zur Kenntnis nehmen zu wollen.

(Bravorufe).

Bürgermeister-Stellvertreter Azwanger stellt den Antrag des Referenten zur Debatte.

Bürgermeister-Stellvertreter Marktschläger möchte nicht auf die Ziffern des Rechnungsabschlusses eingehen und meint, dass von einer kommunalen Tätigkeit nicht gesprochen werden kann, die Not der Stadt Steyr ist eben die Not der Gemeinde, diese ist nicht in der Lage, neue Einnahmen zu schaffen, andere Möglichkeit hat die Gemeinde kaum, es erübrigt sich nichts, als dass alle Faktoren bei Bund und Land einwirken, dass die Regierung helfend eingreife, wenn dies aber nicht geschieht, steht die Stadt Steyr unmittelbar vor dem Zusammenbruche. Seine Fraktion werde für den Rechnungsabschluss stimmen, er wünscht bloß Ersparungen im Verwaltungsdienste, die sonach für andere Zwecke zur Verfügung stehen sollen, wobei er auf die Schulschande in Steyr besonders verweist.

Stadtrat Leopold Schlossgangl greift einzelne Posten heraus, die Überschreitungen aufweisen und glaubt, dass diese nicht notwendig seien.

Gemeinderat Josef Kolaritsch beanstandet die Ausgabe von 440.000 S für die Polizei und eine Post von 600 S für Aufwendungen bei Kirchengebäuden. Er verlangt Bundes- oder Landeshilfe um der großen Not in Steyr zu steuern. Insbesondere als Vorsorge für den Winter müsse sich die Gemeinde kümmern, denn die Arbeitslosen können nicht zum Land oder Bund gehen.

G.R. Franz Tribunner erklärt namens der sozialdemokratischen Fraktion für den Antrag zu stimmen.

G.R. Willibald Grossauer erklärt namens der kommunistischen Fraktion gegen den Antrag betr. Rechnungsabschluss zu stimmen.

Bürgermeister Sichlrader gibt im Schlussworte über die Anfragen Schlossgangl und Kolaritsch detaillierte Aufklärungen und bittet um Annahme des vorgelegten Antrages.

Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung ergibt sich die Annahme des Antrages mit allen gegen 2 Stimmen (Kommunisten).

Damit ist die öffentliche Sitzung am Ende und Bürgermeister-Stellv. Azwanger dankt den Mitgliedern des Gemeinderates und der Presse für die umfassenden Arbeiten und wünscht allen frohe Ferien.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Die Ueberprüfer,,

Niederschrift

über die vertrauliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 18. Juli 1931.

Referent Bürgermeister -Stellv. Anton Azwanger:

Punkt 1.) Fürsorgerekurs.

Bürgermeister Sichlrader erteilt dem Referenten das Wort und dieser beantragt:

Zl. 3865/31 Schaffelner Kurt, Erziehungsbeitrag.

Dem Rekurse wird stattgegeben und ein monatlicher Erziehungsbeitrag von S 10.- ab 1. Juni 1931 bis 30. Juni 1932 bewilligt.

Ohne Debatte angenommen.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 30.

Der Vorsitzende:

Die Überprüfer:

Der Schriftführer: